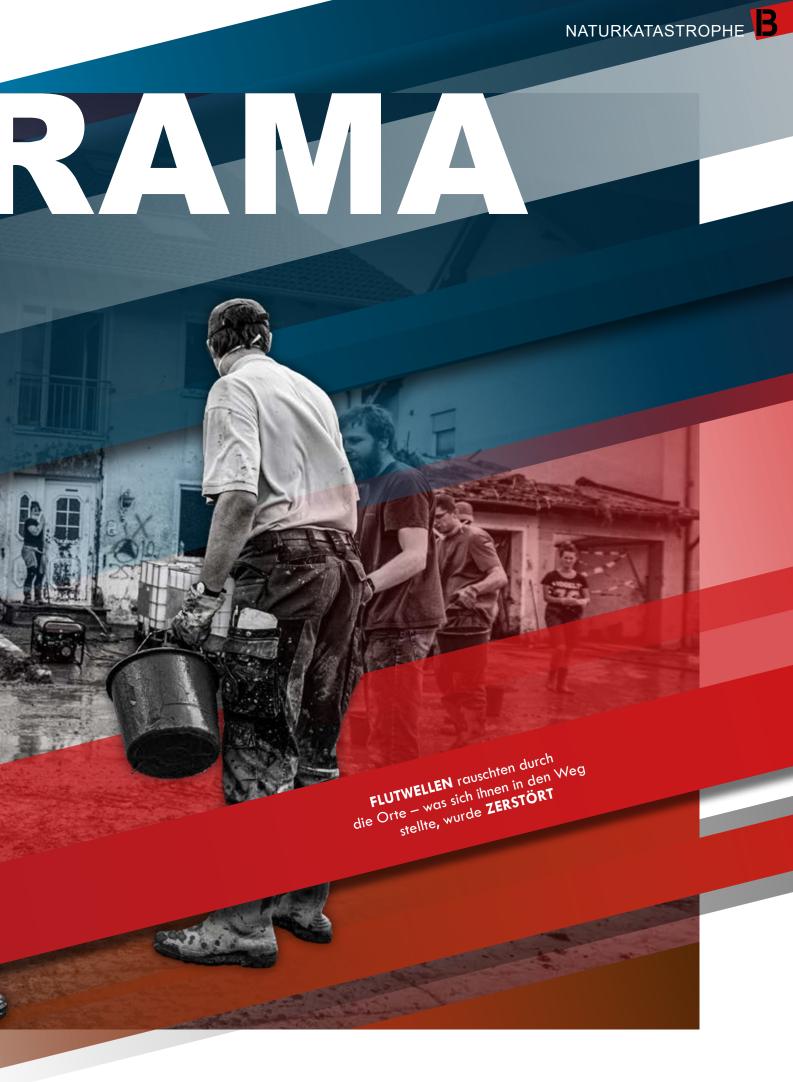


Foto: Boris Roessler/dpa/picturedesk.com



Die Rettungsarbeiten

Noch sind die Gefahren in den Hochwassergebieten Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz' nicht gebannt. Die Bergungsarbeiten laufen noch immer, Tausende Einsatzkräfte suchen nach Vermissten, bergen Todesopfer, versuchen Dämme und Häuser zu retten. "Wir haben die Menschen über Drehleitern, Boote, Bojen herausgeholt", sagte ein Feuerwehrsprecher in Solingen. Auch die Bundeswehr hat zur Unterstützung inzwischen rund 900 Soldaten in die Katastrophengebiete in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz geschickt. Kritisch ist vor allem die Lage an der Steinbachtalsperre im Kreis Euskirchen. Dort droht der Damm aufgrund der Wassermassen zu brechen. Der Wasserstand konnte durch Abpumpen zwar gesenkt werden, doch weist der Damm der Brauchwasser-Talsperre tiefe Furchen auf. Deswegen wurden aus Sicherheitsgründen mehrere Ortschaften evakuiert. Betroffen sind rund 4.500 Einwohner.

ehr als 170 Todesopfer, darunter auch fünf Feuerwehrmitglieder und rund 1.000 verletzte Personen, fordert die Jahrhundertflut in Deutschland, und die Zahl dürfte noch steigen. Auch im benachbarten Belgien sind mehr als 30 Todesopfer zu beklagen.

Die Flutwellen rauschten mit zerstörerischer Kraft durch Orte und Häuser. Im rheinland-pfälzischen Sinzig kamen die Wassermassen schneller, als die Menschen in Sicherheit gebracht werden konnten, erklärte das Innenministerium. Neun Bewohner einer Behinderteneinrichtung starben dort. Keller liefen innerhalb von Minuten voll, in Geilenkirchen fand man zwei leblose Menschen in ihrem überfluteten Souterrain.

Die Zahl der Vermissten war anfangs hoch. Allein im Kreis Neuenahr-Ahrweiler wurden rund 1.300 Menschen vermisst. Da das Mobilfunknetz zum Teil ausgefallen ist, war es schwierig, die Vermissten zu erreichen.

Hunderte Existenzen vernichtet

Die wirtschaftlichen Schäden lassen sich noch nicht genau beziffern, doch die Bilder aus dem Katastrophengebiet geben einen groben Überblick und veranschaulichen die Gewalt, mit der das Wasser die Dörfer und Orte überflutet hat: Autos, Bäume, ganze Häuser sind einfach weggerissen, Trümmer stapeln sich im schmutzigen Wasser, Brücken sind zusammengestürzt.

Der Wiederaufbau wird eine Herausforderung werden, denn in vielen Gebieten ist die Infrastruktur komplett zerstört. In den Überschwemmungsgebieten werden immer noch mehr als 150 Menschen vermisst. Die Zahl der Todesopfer steigt jeden Tag weiter. So wurden am 22. Juli 2021 bereits 172 Menschen genannt, die durch die Flut-Katastrophe ums Leben gekommen sind. Die Einsatzkräfte rechnen nicht mehr damit, dass man Vermisste lebend auffinden kann. Der Schaden kann in Anbetracht der laufenden Arbeiten noch nicht vollständig erfasst werden, doch ist zu erwarten, dass der Wiederaufbau der durch die Hochwasserkatastrophe getroffenen Gebiete Monate, in Teilen auch Jahre dauern und sehr viel Geld kosten wird. 40.000 Menschen gelten allein im Landkreis Ahrweiler als betroffen von den Folgen des verheerenden Hochwassers.

Versicherungen vermelden Milliardenschaden

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) rechnet mit einem Versicherungsschaden von vier bis fünf Milliarden Euro. Dabei seien die Überschwemmungen der vergangenen Tage in Sachsen und Bayern noch gar nicht in dieser ersten Hochrechnung enthalten.

Der Bund rechnet wegen der Hochwasser-Katastrophe mit mindestens rund zwei Milliarden Euro Schäden allein bei der Deutschen Bahn sowie bei Straßen. Bei der Bahn wurde der Schaden mit mindestens 1,3 Milliarden Euro beziffert. So wurden sieben Regionalstrecken in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz so stark beschädigt, dass man sie neu bauen oder umfangreich sanieren müsse. Gleise auf rund 600 Kilometern seien betroffen.

Todesopfer auch in Belgien

Auch in Belgien wird das
Ausmaß der beispiellosen
Überflutungen zunehmend
sichtbar. Noch geht es vor allem
ums Aufräumen und Helfen.
Doch auch immer lauter wird
diskutiert, ob die Unwetterlage
unterschätzt wurde.
Mehr als 120 Städte und Dörfer
sind in Belgien betroffen. Im
Süden und Südosten des Landes, in den Ardennen oder am
Rand des Hohen Venn. Im Fokus stehen jetzt die Aufräumar-

beiten und die Suche nach den immer noch Vermissten. Deren Zahl wird inzwischen mit etwa 150 angegeben. Bei den meisten davon dürfte es sich um Menschen handeln, die sich auch aufgrund der nach wie vor schlechten Telefonverbindungen in der Katastrophenregion einfach noch nicht bei den Behörden gemeldet haben. Gleichwohl kann es laut offiziellen Stellen sein, dass die Zahl der Todesopfer in den nächsten Stunden und Tagen noch steigt. Bisher verzeichnet man 36 Tote. Nach den schweren Überflutungen in Belgien standen auch österreichische Kräfte im Einsatz. 103 Feuerwehrleute aus Niederösterreich waren mit 16 Fahrzeugen und 26 Booten aufgebrochen, um im Raum Lüttich Rettungs- und Transportaufgaben durchzuführen. Zusätzlich bestückt war der Hilfstransport mit einem Hochwasserschutzcontainer, der mit allen modernen Arbeitsgeräten für derartige Einsatzszenarien ausgerüstet ist.

Hat der Katastrophenschutz versagt?

Es sei zu spät und zu wenig gewarnt worden, der Katastrophenschutz sei für künftige Ereignisse schlecht aufgestellt, lauten die Vorwürfe in Deutschland wie in Belgien. Zahlreiche Politiker sprachen von Versagen und Fehlern. Man müsse sich darauf einstellen und vorbereiten, dass es in Zukunft mehr Naturkatastrophen geben wird und auch regelmäßig Pandemien. Gleichzeitig werden Untersuchungen gefordert, ob die öffentlichen Warnsysteme versagt haben und welche Lehren man für künftige Katastrophen zieht.

So wird eine Frage inzwischen immer lauter gestellt: Sind die Anwohner möglicherweise zu spät gewarnt worden? Hätten Menschenleben gerettet werden können, wenn die Behörden aufmerksamer gewesen wären?

Forschungszentrum für Krisenmanagement

Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) haben als eine der Konsequenzen aus der Hochwasserkatastrophe die Einrichtung eines Forschungsund Transferzentrums für Krisenmanagement angeregt. "Die Einsatzkräfte haben überall in den betroffenen Gebieten vielfach Übermenschliches geleistet und tun es immer noch", sagt DFV-Präsident Karl-Heinz Banse. Auch seien überall schnelle und unbürokratische Entscheidungen gefallen, um Hilfe leisten zu können. Was jedoch fehle, sei eine Institution, die Lösungen für zukünftige Herausforderungen entwickelt und deutlich schneller als bisher für die Anwender verfügbar macht.

Die Feuerwehren - als tragende Säule des Katastrophenschutzes – verfügen über eine große Zahl hoch motivierter sowie gut qualifizierter Menschen. Um dieses Potenzial bestmöglich einsetzen zu können, sind moderne technische und organisatorische Rahmenbedingungen notwendig. Dazu zählen zum Beispiel digitale Lageerfassungs- und Darstellungssysteme, die quasi auf Knopfdruck ein Bild von der aktuellen Situation liefern, um Einsatzkräfte dann optimal einzusetzen. So nutzen derzeit zahlreiche Einsatzkräfte von Feuerwehren und anderen Organisationen die Möglichkeit der vfdb, auf der Nationalen Plattform für geographische Daten (NPGEO-DE) ihre Einsatzdaten grafisch oder mit Bildern zu dokumentieren und sie bei Bedarf auch mit anderen Institutionen zu teilen. Auch die Entwicklung robotischer Erkundungs- und Einsatzsysteme sowie die Entwicklung und Einführung von Spezialtechnik zur Rettung von Personen aus Trümmern seien ganz oben auf der Agenda eines Forschungsund Entwicklungszentrums,

ebenso wie Simulations- und Prognosesysteme auf der Basis künstlicher Intelligenz, die bei der Vorhersage und Bewertung von Szenarien wichtige Dienste leisten könnten.

So war zum Beispiel der in Deutschland bislang einzigartige Robotik-Einsatzleitwagen (RobLW) des Deutschen Rettungsrobotik-Zentrums aus Dortmund ins Krisengebiet beordert worden. Unter anderem wird das Fahrzeug genutzt, um dessen georeferenzierte Drohnenbilder in die NPGEO-Plattform zu laden. Sie stehen damit Führungskräften zur Verfügung, um die Entscheidungsprozesse im Einsatz zu unterstützen. Da durch den Klimawandel die Zahl und Intensität solcher Katastrophen in Zukunft eher zunehmen wird, wäre es also sinnvoll, eine Institution zu gründen, in der Partner aus Anwendern, Wissenschaft und Industrie unter einem Dach Szenarien und Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft entwickeln. Zugleich könnte ein solches Zentrum als Dachorganisation für nationale und internationale Aktivitäten die Forschungsarbeiten im Bevölkerungsschutz aufeinander abstimmen.

Finanzierung der Feuerwehr

Andere Sorgen plagen den Österreichischen Bundesfeuerwehrverband (ÖBFV), der gemeinsam mit den Landesfeuerwehrverbänden eine Anhebung der Deckelung des Katastrophenfonds fordert. Feuerwehrpräsident Albert Kern: "Eine zeitgemäße Unterstützung der Feuerwehren für die Anschaffung von Geräten und Fahrzeugen ist mit den derzeitigen finanziellen Mitteln aus Feuerschutzsteuer und Katastrophenfonds nicht mehr ausreichend möglich. Die Deckelung des Katastrophenfonds liegt seit dem Jahr 2013 bei 95 Millionen Euro. Wir werden nicht müde zu betonen, dass diese Summe nicht mehr zeitgemäß ist und die Deckelung auf 110 Millionen Euro erhöht werden muss."

Seite 16 ▶

Ein Katastrophenhilfszug aus Niederösterreich stand in Belgien mit 120 Feuerwehrleuten im Hilfseinsatz, Foto: LFV NÖ



UNV

Die Auswirkungen der Naturgewalten und die damit zusammenhängenden rund 4.800 Einsätze der österreichischen Feuerwehren beim jüngsten Unwetter ließen die Diskussion wieder aufflammen. Die nächste Tagung des ÖB-FV-Präsidiums findet Ende August in St. Pölten statt. Dabei wird auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka anwesend sein und Vorschläge zur künftigen Finanzierung des österreichischen Feuerwehrwesens diskutieren. "Normalerweise macht das Personal den Großteil der Kosten aus. Die Finanzierung des österreichischen Feuerwehrwesens beschäftigt sich aber insbesondere mit der Anschaffung von Geräten und Fahrzeugen. Das liegt an den Tausenden ehrenamtlichen

Feuerwehrleuten, die 365

Tage im Jahr rund um die Uhr einsatzbereit sind. Staaten, die kein solches Freiwilligensystem haben, müssen einen wesentlich höheren Anteil der Staatsausgaben dafür aufwenden. Doch Wert und Wertschätzung definieren sich nicht nur an Geldleistungen. Die Ehrenamtlichen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Die jüngsten Überflutungen haben gezeigt, dass ihr Engagement unverzichtbar für das österreichische Feuerwehrwesen ist", so der Nationalratspräsident. Kostete ein Hilfeleistungsfahrzeug zur Brandbekämpfung und für technische Einsätze im Jahr 2011 rund € 300.000,stehen im Jahr 2020 bereits rund € 360.000,- für dasselbe Fahrzeug auf der Rechnung. Bei einer Durchrechnung mehrerer vergleichbarer Beispiele dieser Art kann die

Kostensteigerung innerhalb der letzten zehn Jahre mit rund 20% beziffert werden. Die Deckelung des Katastrophenfonds ist allerdings seit 2013 unverändert.

"Unsere Einsatzkräfte stehen rund um die Uhr bereit, um der Bevölkerung zu helfen. Auch wenn unser Feuerwehrsystem in Österreich auf Ehrenamtlichkeit basiert, so braucht es natürlich Geld, vor allem für die Anschaffung von Gerätschaften, als auch für eine adäquate Ausbildung. Wir freuen uns auf konkrete Vorschläge von Nationalratspräsident Sobotka und den persönlichen Austausch zu diesem Thema", so Feuerwehrpräsident Albert Kern.

Eine Starkregenfront führte am 17. und 18. Juli 2021 in Teilen Österreichs zu Überflutungen. Insgesamt wurden rund 4.800 Feuerwehreinsätze an diesem Unwetter-Wochenende geleistet.



Zerstörtes Haus im Landkreis Ahrweiler. Foto: Markus Stengele, @fire

ÜBERSCHWEMMUNGEN und
MURENABGÄNGE beschäftigten auch
die österreichischen Feuerwehren

NATURKATASTROPHE B

VETTER-

WOCHENENDE IN ÖSTERREICH

ewitter und Starkregen in kurzer Zeit haben am Samstag, dem 17. Juli 2021, und in der Nacht auf Sonntag in Österreich für schwere Verwüstungen gesorgt.

In Niederösterreich waren die Bezirke Melk, Scheibbs, Krems, St. Pölten, Tulln, Mödling und Korneuburg besonders betroffen. Mehrere Orte wurden angesichts der großen Unwetterschäden zu Katastrophengebieten erklärt. In den betroffenen Gebieten wurden schwere Schäden an Privathäusern und an der Infrastruktur verzeichnet. In Ferschnitz wurde auch eine Brücke weggerissen, wodurch der Ort vorübergehend unerreichbar wurde.

Debatte über Hochwasserschutz in Hallein In Salzburg gibt es vor allem im

Pinzgau und in der Stadt Hallein schwere Hochwasserschäden. Das engmaschige Netz an Schutzbauten im Bundesland dürfte allerdings Schlimmeres verhindert haben.

Nach den schweren Hochwasserschäden in Hallein brach eine Debatte über den dortigen Hochwasserschutz los. Es geht dabei speziell um die Verbauung des Kothbaches. Diese ist geplant, scheiterte aber an Einsprüchen im Genehmigungsverfahren. Samstagabend trat der Kothbach über die Ufer und überflutete weite Teile des Stadtzentrums.

Bei den Wassermassen, die durch die Halleiner Altstadt schossen, wurden mehrere Häuser, Autos und Geschäftsflächen geflutet.

Auch in Oberösterreich kämpfte man gegen die Wassermassen: Die extremen Regenfälle

lösten in Schärding, Steyr und im Salzkammergut Hochwasser sowie Murenabgänge aus und überfluteten Keller. Im Burgenland standen die Feuerwehren im Bezirk Neusiedl am See, Eisenstadt-Umgebung und im Bezirk Mattersburg im Einsatz. Sie mussten Keller auspumpen und Bäume entfernen, die auf Straßen gestürzt waren. Aufräumarbeiten gab es in Potzneusiedl, Neudorf bei Parndorf, Eisenstadt, Zillingtal, Pöttsching, Sigless und Steinbrunn.

Steiermark und Kärnten betroffen

Ouer durch die Steiermark sorgte Starkregen für Überflutungs- und Murengefahr sowie zahlreiche Schäden. In der Obersteiermark – besonders im Ennstal, im Gesäuse und Mariazeller Land – standen

die Feuerwehren seit Samstagabend im Dauereinsatz. Auch in Tirol zeichnete sich am Montag zunehmend Entspannung ab. Das gilt auch für Kufstein, wo in der Früh die Aufräumarbeiten angelaufen

Auch in Vorarlberg mussten die Feuerwehren wiederholt ausrücken, besonders betroffen war die Stadt Dornbirn. Im Seebachtal in der Gemeinde Mallnitz in Kärnten ereigneten sich am Samstagnachmittag mehrere Murenabgänge. Ein Hüttenwirtehepaar, das sich noch auf ihrer Hütte in 1.338 Metern Seehöhe befand, musste ausgeflogen werden. In Wien wurde aufgrund der starken Regenfälle die Berufsfeuerwehr am Wochenende zu über 1.500 Einsätzen gerufen. Viele Keller, Tiefgaragen und Unterführungen waren überschwemmt.

